

KGW's Rundschreiben

24.05.2016
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Bei allen Entscheidungen in Deutschland (so scheint es) spielt die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft mit ca. 310 Bundestagsmitgliedern zwar in einem gemeinsamen Chor; aber was und wie gespielt wird, bestimmt nur eine: Angela Merkel. Vielleicht trägt ihr Volker Kauder den Taktstock und die Notenblätter hinterher, aber das war es auch. Ob es um den Atomausstieg, das Rentenalter, die Milliardenzuwendungen für Griechenland, die Flüchtlingskrise, Mindestlohn, Elektroautos und anderes mehr ging – die Bundeskanzlerin hat ihre Meinung durchgesetzt. Kostet diese Konstellation bei den Bundesbürgern Vertrauen (in die Politik) und Steuergeld, belastet das die Wählerstimmen für CDU/CSU.

Aktuell flacht das Thema Flüchtlingskrise etwas ab, so dass die Griechenlandkrise wieder verstärkt in den Vordergrund rückt. Darüber müssen wir erneut reden, denn am 24.05.2016 müssen die EU-Finanzminister über eine Freigabe von 4,9 Milliarden Euro entscheiden. Dieses Geld geht aber von einer Tasche in die andere, denn im Juli sind 5,7 Milliarden Euro als Zahlung Griechenlands an IWF und EZB fällig. Es scheint, dass man die Griechenlandkrise schön reden will, um Zeit für weitere Stundungen oder andere Finanzierungsvarianten vonseiten der Gläubiger für Griechenland zu beschließen. Das größte Problem Griechenlands wird viel zu wenig thematisiert, nämlich die fehlenden Investitionen. Weder Unternehmen des eigenen Landes, aber noch viel weniger ausländische Investoren, glauben an die griechische Wirtschaft und halten sich mit ihren Entscheidungen pro Griechenland zurück. Der Chefökonom des Unternehmerverbandes, Michael Massourakis, beklagte kürzlich: „Leider hat die Regierung keine Einstellung die geeignet wäre, Investitionen anzuziehen.“ Das erkennt man in den folgenden Daten zum Investitionsvolumen: während 2007 noch 60 Milliarden Euro an Anlageninvestitionen registriert wurde, schrieb man 2015 gerade einmal ein Drittel dieses Wertes. Theoretisch gibt es eine Investitionslücke von ca. 215 Milliarden Euro. Die Produktionskapazitäten in Griechenland sind kräftig geschrumpft, weil Kleinbetriebe geschlossen wurden, Mittelständler nach Bulgarien geflüchtet und ein paar große Konzerne (z.B. Fage-Joghurt) nach Luxemburg umgezogen sind. Die Vorzeigeprojekte, wie eine Hotelanlage, der Hafen von Piräus und die 14 Regionalf Flughäfen machen aber letztlich den Kohl auch nicht fett. Auch wenn man mit EU-Investitionsgeldern Autobahnstrecken fertigen kann und Griechenland Erleichterungen bei der Schuldentrückzahlung zusagt, wird das kein Wirtschaftswachstum schaffen. Dazu müssen Arbeitsplätze her und die gibt es nur, wenn investiert wird. Gemäß der veröffentlichten Zahlen von Eurostat waren 2015 nur ca. 55% der Griechen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren beschäftigt (Negativrekord in Europa!). Der Durchschnitt in dieser Altersgruppe liegt europaweit bei 70% und in Deutschland sogar bei 78%. Es müssten mindestens 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, um zum europäischen Durchschnitt aufzuschließen. Wo diese allerdings herkommen sollen, ist ein Rätsel. Am vergangenen Wochenende hat das griechische Parlament ein weiteres umstrittenes Gesetzespaket mit 153 Stimmen der Links-Rechts-Regierung gegen die Oppositionsparteien mit 145 Stimmen beschlossen. Dafür wird Alexis Tsipras angefeindet. Gleichzeitig begeistert er aber seine Landsleute mit der Ankündigung, dass in nächster Zeit ein Schuldenschnitt bevorstehen könnte. Auch der IWF will den Ball flach halten, indem er einen Forderungsverzicht für Griechenland zur Diskussion stellt. Das Hilfsprogramm des IWF soll 2018 ohnehin vom ESM übernommen werden. Den Griechen kommt das sehr entgegen. Statt 4,5% beim IWF würden dann nur noch 0,8% Zinsen beim ESM anfallen. Diese Verlagerung würde voraussichtlich keine Zustimmung des Bundestages erfordern, sondern könnte lautlos mit politischem Sachverstand gelöst werden. Aber jedem müsste klar sein, dass den letzten die Hunde beißen – das ist der Steuerzahler.

Die nächsten dunklen Wolken ziehen bereits am Polithimmel auf. In Großbritannien stimmen die Wähler am 23.06.2016 über ihren Verbleib als EU-Mitglied ab. Die bevorstehende BREXIT-Abstimmung macht sich bereits beim Wechselkurs bemerkbar, denn das Pfund ist von Jahresanfang (1,36 €) bis heute (1,26 €) ca. 7% zurückgegangen. Kommt es zum BREXIT, wird das Pfund auf jeden Fall weiter fallen. Da die Einlagensicherung für Sparer auf 75.000 Pfund (ca. 95.000 Euro) gesunken ist, sollten Sparer nicht mehr als diesen Höchstbetrag bei einer Bank anlegen.

Sollte es zum BREXIT kommen, würde das zu negativen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien führen. Auf dem Aktienmarkt würde sich wahrscheinlich ein negativer Trend einstellen.

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass die Finanzkrise (Ausbruch 2008) uns nicht nur in Atem hält, sondern ihn immer weiter abschnürt. Die Politik will uns auf Sicht Wohlstand vermitteln. In Friedenszeiten allerdings gab es noch nie einen größeren Schuldenberg als aktuell – und der bedroht unseren Wohlstand. Die Schuldenkrise, der wir nicht entinnen können, hat einige Verursacher. In diesem Zusammenhang muss man automatisch an die Banken denken, die damit sogar Geld verdient haben und künftig auch weiter verdienen werden. Da wir global denken, fallen uns halbstaatliche Banken wie Fannie Mae und Freddy Mack in den USA ein, die ihre Gewinne privatisierten und die Haftung auf andere Schultern verlagerten. Auch hier wurden deutsche Anleger und Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die Zentralbanken, die eine zinslose Finanzwelt geschaffen haben, bestrafen die Sparer. Sparen ist die Basis für Investitionen. Kredite werden nicht knapp gehalten, sondern Vermögensblasen aufgebaut. Das wiederum baut Vermögenszuwächse auf und spaltet somit die Gesellschaft in arm und reich. Unzweifelhaft spiegelt der Aktienmarkt wider, dass die Zentralbanken weder Investitionen in der Wirtschaft, noch Kleinanlagen der Sparer stützen, sondern Vermögende bevorzugen. Wenn sich der Bundesfinanzminister über die schwarze Null des Bundeshaushalts freut, ist das eine Seite der Zinsentwicklung. Die andere Seite sind die Verluste der Sparer. Deutschland ist großer Kapitalexporteur mit dem zweitgrößten Nettoauslandsvermögen in der Welt. Damit verlieren die Bundesbürger bei der Zinsentwicklung bei weitem mehr Geld, als wir durch Einsparungen im Staatshaushalt gewinnen. Das Ifo-Institut schätzt, dass wir durch die Niedrigzinspolitik der Notenbank seit 2008 insgesamt etwa 300 Milliarden verloren haben und dass die Vermögensverluste mittlerweile bei jährlich ca. 60-70 Milliarden Euro liegen. Mit der Geldschwemme hat Mario Draghi für Europa einen gefährlich giftigen Cocktail zusammengemischt. Mit seiner Politik betreibt er eine verdeckte Staatsfinanzierung der klammen Südstaaten und beschwört eine Hyperinflation herauf. Die wiederum frisst die Ersparnisse der Deutschen Anleger auf. Bisher hat sich gezeigt, dass das Präparat, welches der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammengemischt hat, nicht geholfen hat und nur Nebenwirkungen zeigte. In der Pharmaindustrie würde ein solches Präparat niemals auf den Markt kommen. Draghi wollte mit seiner Geldpolitik 2% Inflation erreichen und ist von diesem Ziel 2% entfernt. Das ungedeckte Papiergeld, was er zu Nullzinsen in Umlauf gebracht hat (und welches teilweise sogar mit Strafzinsen belegt wird), und die billionenschweren Anleihekäufe bringen nicht nur das Währungssystem in Europa sondern weltweit durcheinander. Japan hat gezeigt, dass eine ungezügelter Geldpolitik nicht funktionieren kann. Man muss sich der Tatsache bewusst sein, dass der Zins schließlich eine Preisfunktion hat. Der aktuelle Nullzins kann für den Geldkreislauf äußerst gefährlich werden. Vielleicht gibt es ja mal jemanden, der Mario Draghi die Frage stellt, ob er bei seiner Politik schon einmal über den Vermögensschutz der Sparer und Investoren nachgedacht hat.

Banken und Finanzindustrie waren bis zum Ausbruch der Finanzkrise (2007/2008) Initialzündler für die Wachstumssteigerungen bei den westlichen Staaten. Heute sind die Wachstumszahlen deutlich geringer als vor der Finanzkrise. Staats- und Bankenrettungen sind kostspielig und haben zu stetiger Verschuldung geführt. Parallel stiegen die Sozialausgaben. Das bedeutet, dass Europa ca. 7% der Weltbevölkerung stellt, rund 25% des Welteinkommens erwirtschaftet und zugleich aber ca. 50% der globalen Sozialausgaben produziert. Der Ruck, der vor geraumer Zeit von einem deutschen Bundespräsidenten gefordert wurde, fehlt bisher. Politikverdrossenheit erkennen wir an den Wahlergebnissen für die etablierten Parteien, wo sich der „Bürger“ (wenn auch nur kleinlaut mit seiner einen Stimme) zu Wort melden darf. Hier ist eindeutig ein Ruck zu erkennen. Für Frankreich ist es Le Pen und aktuell verfolgen wir die Wahl zum Österreichischen Präsidenten, wo der Rechtspopulist der FPÖ, Norbert Hofer, sein Ziel gegen den künftigen grünen Präsidenten, Alexander van der Bellen, nur knapp verpasst hat. In Nordrhein-Westfalen stellt die AfD mit 12% die drittstärkste politische Partei.

Wir Deutschen wissen, was soziales Elend ist, haben nationale Konflikte mitbekommen, die ein Erstarken der extremistischen Parteien, Wohlstandsverlust und noch viel Schlimmeres mit sich gebracht haben. Der riesige Schuldenberg in Europa wirkt zerstörend und schlussendlich können wir uns nicht auf den rettenden Staat verlassen. Der ist wahrscheinlich schon selbst an seiner finanziellen Belastungsgrenze angekommen. Früher oder später wird man auf den deutschen Steuerzahler zukommen und ihm Schulden- und Anspruchsverzicht abfordern. Wie jeder einzelne damit klarkommt, muss er selbst wissen. Ein Patentrezept oder gar eine Lösung für uns Deutsche gibt es nicht.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Es ist monoton, wenn man jeden Monat von einem schlechten Edelstahlmarkt schreibt. Leider aber real. Man hat sich von der Einführung des Anti-Dumping-Zolls auf Fernostmaterial für den deutschen Markt einiges versprochen. Die aktuellen Zahlen allerdings sind enttäuschend. Was man in der Edelstahlindustrie vorgemacht hat, wollen Europas Stahlkocher nachahmen. Die USA haben es mit Strafzöllen auf „chinesischen Billigstahl“ vorgemacht. Die Deutschen, so wird von der Politik und den Gewerkschaften gefordert, sollten es nachmachen. Um die Forderungen zu unterstützen, sind Gewerkschaftsmitglieder mit Fähnchen, roten Kappen und Trillerpfeifen lautstark auf die Straßen gegangen. Ob die Lautstärke allerdings Argumente ersetzt, darf bezweifelt werden. Mahatma Gandhi sagte: „Wer im Recht ist, kann es sich leisten, Ruhe zu bewahren. Und wer im Unrecht ist, kann es sich nicht leisten, sie zu verlieren“. Ob die Aussagen eines Sprechers des chinesischen Handelsministeriums („Der größte Teil unserer Stahlproduktion wird am heimischem Markt verbraucht“) substantiiert sind, ist zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, ob China die eigene Stahlindustrie subventioniert und den Export damit anregt. Hauptursache für die europäischen Probleme allerdings ist die relativ schwache Weltwirtschaft und die nachlassende Nachfrage auf dem gesamten Stahl- und Edelstahlsektor. Sicher ist, dass auch wir Deutschen bisher am günstigen Fernostpreis partizipiert haben. Bei unseren Überlegungen ziehen wir wahrscheinlich nicht ins Kalkül, dass auch der Stahlarbeiter in Fernost, wenn er seinen Job verliert, eine Familie hat, die er (wie seine europäischen Kollegen) ernähren muss.

Die Rohstoffmärkte

Der kürzliche Ausschlag im Nickelpreis nach oben hat bestimmt den höheren Juni-LZ bewirkt. Unberücksichtigt ist allerdings, dass der Nickel schon wieder in ruhigerem Fahrwasser schwimmt. Unsere monatlichen Zahlen dokumentieren, wie sich die Preisentwicklung an der LME (London Metal Exchange) darstellt. Sicherlich ist sie für Nickel immer noch die Leitbörse. Seit März 2015 gibt es in China ein Gegenstück, nämlich die Shanghai Future Exchange (SHFE). Bei den schlechten Nickelpreisen war die Kürzung der Kapazitäten sicherlich die richtige Entscheidung. Parallel wurde die Förderung von NPI (Nickel Pig Iron) auf Grund der unauskömmlichen Preise ebenfalls reduziert. Womit die Nickel-Study-Group die Zahlen ihrer Hochrechnung für dieses Jahr begründet, die ein Defizit von ca. 50.000 Tonnen angibt, ist rätselhaft. Wir sind der Ansicht, dass der zwischenzeitliche Nickelpreisanstieg lediglich ein Strohfeuer war und sehen in nächster Zeit keine Preisveränderungen.

Die Chromstahlpreise sind bis Ende Juni festgeschrieben. Wenn sich auch der Molybdänpreis nach oben verändert, wird er sich in seiner Entwicklung beim Nickel anlehnen. Man muss kein Prophet sein, um irgendwann steigende Preise vorherzusagen. Voraussetzung ist allerdings eine stärkere Nachfrage.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
01.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
23.05.2016	1.1194	8.310	8.335	402.888	741	1.364

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410	418	448						
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485	496	546						
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869	853	914						
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817	804	861						
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845	835	907						
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191	1.172	1.289						
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646	659	730						
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087	2.034	2.238						
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207	1.187	1.305						
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102	1.073	1.144						

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750							
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000							

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team